

auch nicht ändern; einen Zeithandel halte ich für notwendig. Für berufsmäßige Kaufleute ist die Spekulation erwünscht. Darauf verzichte ich das Haus auf morgen.

### Politische Rundschau. Deutschland.

— **Kaiser Wilhelm.** Der gestrige Empfang des Kaisers Wilhelm in Venedig bildete den glänzenden Abschluss seiner italienischen Reise. Der Kaiser ist von deren Verlauf überaus befriedigt. Sein Befinden und Aussehen sind vorzüglich. Der Reichskanzler begibt sich am Donnerstag nach Karlsruhe, um dem Kaiser Vortrag zu halten.

— **Kaiser Wilhelm** wird, wie aus Prag gemeldet wird, dies Jahr an den österreichischen Kaisermanövern bei Strakonitz-Bodunian teilnehmen.

— **Ein großer Schub unter den höheren Militärs** hat am Sonntag stattgefunden. 15 Generalmajors sind vom Kaiser unter dem 24. April in Genehmigung ihrer Abschiedsgesuche zur Disposition gestellt; 14 Generalmajors kommandierten eine Brigade, einer, v. Jastrow, war Kommandant einer Festung (Mainz). Von den 14 inaktiv gewordenen Generalmajors befehligten 8 eine Infanterie-Brigade, je 3 eine Feld-Artillerie- und eine Kavallerie-Brigade. Die ältesten der inaktiv gewordenen Generalmajors waren v. Tilly, v. Dersing, und während des Krieges 1806 Offizier geworden. — Der Pensionsfonds wird hierdurch nicht entlastet!

— **Offiziere und Politik.** Ein Reichstagsabgeordneter schreibt uns: Den Offizieren ist bekanntlich die Teilnahme an der Politik unterlag und zwar aus sehr guten Gründen; aber dafür scheint ein anderes Mittel aufzukommen. Die inaktiven Militärs treten für ihre im Heer stehenden Kameraden an den Reichstag mit Petitionen heran. So haben sich die pensionierten Zahlmeister für die aktiven Zahlmeister an die Budgetkommission gewandt; eben erhalten wir eine Denkschrift des Vereins inaktiver Offiziere zum Militärpensionsgesetz, deren Inhalt im wesentlichen dahin geht: „Es erscheint als eine Forderung der einfachsten Gerechtigkeit, die für unzugänglich ersichtete Aufbesserung der Pension allen schon jetzt pensionierten Offizieren, nicht nur den Kriegsteilnehmern, zugestanden. Ganz besonders ungerecht würden die Härten des neuen Gesetzes auf diejenigen Offiziere wirken, deren Pensionierung ungefähr um den Zeitpunkt des Inkrafttretens notwendig geworden wird.“ Man kann doch seine schweren Verdienste haben, ob ein solcher Schritt — nicht der Inhalt der Petition — mit den Bestimmungen im Einklang steht, wonach Offiziere sich nicht in die Politik mischen sollen.

— **Die ehemaligen Direktoren der Kommerzbank,** Kommerzienrat Schulz und Kommerzienrat Kowal, deren Prozeß in neuer Auflage am 2. Mai begangen wird, sind auf Beschluß der Strafkammer vorgestern abend plötzlich wieder in Haft genommen worden. Sie waren bekanntlich nach Schluß der ersten Verhandlung im Juli v. J. ohne Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt worden. Inzwischen sollen die neuerdings aufgestellten Toren, die nach dem feinerzeit vom Gerichtshof aufgestellten Schema angefertigt worden sind, sämtlich eingelaufen sein und für die Angeklagten sehr ungünstig lauten. Die Verhaftung soll wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe verfügt worden sein.

— **Wünsche für die Versicherung der Privatbeamten.** Auf Anregung des Zentrumsabg. Sittart fand gestern im Reichstage eine Besprechung mit dem Staatssekretär Grafen Posadowsky statt. Die sich mit der Versicherung der Privatbeamten befaßte. Dem Reichstage liegen hierüber derzeit 3 Anträge vor. Die 3 Antragsteller einigten sich dahin, dem Staatssekretär Grafen Posadowsky die Bitte vorzulegen, er möge entsprechend dem Antrage Sittart und Genossen antwortlich in einer Prüfung der am 15. Oktober 1903 von privater Seite veranstalteten und von den Interessenten in weitem Umfange inwieweit Erhebungen über die Lage der Privatbeamten eintreten und von den Ergebnissen dieser Prüfung dem Reichstage baldmöglichst in geeigneter Form Mitteilungen machen. Staatssekretär Graf Posadowsky ging bereitwillig auf diese Bitte ein und sagte die statische Bearbeitung des gesamten durch die private Enquete gesammelten Materials durch seine Beamten zu und versprach die Mitteilung der Ergebnisse in einer besonderen Denkschrift oder in einem amtlichen Organ. Ferner versprach er, bei der im Jahre 1907 stattfindenden Gewerbeausstellung entsprechend einem Antrage Pöhl durch eine besondere Rubrik in den Fragebogen den Stand der Privatbeamten in besonderer Weise zu berücksichtigen. Damit dürften die 3 Anträge für das Plenum erledigt sein und dieses ist damit entlastet.

— **Preußen und die Bahnbeamten.** Bei der dritten Beratung des Eisenbahngesetzes im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte der Minister Budge, daß er soeben ein Telegramm des Kaisers erhalten habe, durch das der preussische Finanzminister ermächtigt wird, dem Abgeordnetenhaus bereits in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf vorzulegen, der 3 Millionen Mark für die soziale Wohlfahrt der Eisenbahnbeamten verlangt. Budge erklärte, die Minister hätten die Absicht, diese 3 Millionen dazu zu verwenden, dem Kaiserlichen Verbande der Eisenbahner die sofortige Gründung von Krankenkassen und Kassen zur Unterstützung der Hinterbliebenen und zur Gewährung von Sterbegeldern zu ermöglichen.

— **Die Nationalliberalen — „diese Halbmenschen.“** Der sozialdemokratische Abgeordnete Bedel hat der national-liberalen Partei diesen ganz zutreffenden Beinamen gegeben; das „Deutsche Reichsblatt“, das Organ der freisinnigen Vereinigung, unterstreicht die Grundgedanken des national-liberalen Zentralvorstandes in dem Fall Wenk, der sich gegen das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hat, und schreibt: „Das ist alles ganz schön und gut. Trotzdem wird man die Verführung nicht los, daß gewisse Parlamentarier im Innersten ihres Herzens ebenso denken, wie Herr Wenk. Es verlangt ja auch nichts darüber, daß Herr Wenk etwa aus der Partei ausgeschlossen sei. Er bleibt ruhig Mitglied der national-liberalen Partei und macht, wie so manches andere Mitglied, das sich durch sein Verhalten mit liberalen Grundgedanken in Widerspruch setzt, eben was er will.“ Dieses Verhalten kommt uns sehr gelegen für die Beratung des liberalen Wahlrechtsantrages, der aller-

dings dieses Frühjahr gar nicht mehr zur Beratung kommen soll; bis nächstes Jahr soll dann Gras über den Fall Wenk und vielleicht auch über den national-liberalen Antrag gewachsen sein!

— **Die Reichsfinanzreform** wurde heute in der Budgetkommission zu Ende beraten; mit 19 gegen 6 Stimmen wurde der Antrag des Zentrums angenommen. Es blieb somit als Ueberweisungssteuer an die Bundesstaaten beschlossen: Die Branntweinverbrauchsabgaben, die Reichs-stempelabgaben und die Reichshöflichkeitsteuer; das Reich erhält direkt als eigene Einnahme die Zölle und die Tabaksteuer. Das Budgetrecht des Reichstages ist damit vollstän-dig gewahrt, das Reich erhält, was es braucht, und das Zentrum hat bewiesen, daß es deutsch-nationale Politik treibt.

— **Ein Bäckerstreik in Berlin?** Am Dienstag mittag herrschte im Bäckergewerbe Kriegszustand, man stand vor dem Streik; eine Versammlung von 3000 Bäckergesellen aber, die gegen 4 Uhr sich versammelten, beschloß den Streik zu verlagern. Die Gesellenausschüsse sollen nun auf neue mit den Innungen verhandeln; am 10. Mai haben diese Bericht zu erstatten, ob eine Tarifgemeinschaft zustande kommt oder nicht, und dann soll eventuell der Streik proklamiert werden. Hoffentlich kommt es zuvor zu einer Einigung.

— **Die „danfbaren“ Ansiedler in Südwestafrika.** Der Reichstag hat sich gewiß nicht lumpen lassen, als er in der letzten Woche 2 Millionen als „Darlehen für Geschädigte und Unterstützung für Hilfsbedürftige“ für die Ansiedler in Südwestafrika genehmigte; aber von Dank findet er keine Spur. Ein Redakteur Mülendorfs, der in dem Aufstands-gebiet amwesend war, hat am Freitag in Berlin in einer Versammlung der Kolonialgesellschaft einen Vortrag über den Zustand gehalten und hierbei am Schluß ausgeführt: „Nach dem gestrigen „Minuten-Beschluß“ des Reichstages darf man sehr gespannt sein, wie viele Ansiedler überhaupt noch in Schutzgebieten verbleiben werden. Die meisten werden ihm den Rücken kehren. Hier erwacht der deutschen Kolonialgesellschaft eine ernste Pflicht, die Pflicht zu retten, was noch zu retten ist. Sonst können wir nach dem Feldzug öffentlich aussprechen: „Eine Kolonie auf Abbruch zu verkaufen!“ So dankt man dem generösen Reichstag! Man kennt ja die Ansprüche gewisser Ansiedler! So hat z. B. der Sohn des reichsten Mannes in der Rheinpfalz auch eine Farm in dem Aufstandsgebiete, selbstverständlich zu Spekulationszwecken, und dieser junge Millionär schreit nicht, einen Schadenersatz von Reichs von fast 400 000 Mk. zu fordern! Kommentator überflüssig!

— **Oesterreich-Ungarn.** Der Kaiser stattete am gestrigen Tage der Ausstellung in Wien für Spiritusverwertung und Währungsge- werbe einen längeren Besuch ab. Der Kaiser wurde von dem Präsidium der Ausstellungs-Kommission und den Leitern der fremden Abteilungen, sowie von den Vorkämpfern Deutschlands, Frankreichs und Russlands empfangen und besichtigte dann die einzelnen Abteilungen. In der deutschen Abteilung wurden dem Kaiser der Ministerdirektor Dr. Richter, vom Reichsanwalt des Innern Geh. Reg.-Rat Deßbrück und andere Herren vorgestellt. In der Abteilung der deutschen Seeresverwaltung ließ sich der Kaiser einzelne Wagen vorführen und äußerte dabei, er bitte, Sr. Maj. dem Deutschen Kaiser zu sagen, daß er an dieser Aus- stellung ganz besonderes Interesse habe. Auch in dem Pavillon der Versuchsanstalt für Währungsgewerbe in Berlin gab der Kaiser seiner großen Beschäftigung über das Ge- setzliche Ausdruck. — **Deutsch-nationale Studenten** in Jans- brunn verurtheilt durch kühnende Kundgebungen das gestrige Konzert des böhmischen Violin-Virtuosen Nectan zu ver- hindern. Die Ruhestörer wurden durch die Polizei aus dem Saale entfernt. Eine größere Menge setzte dann auf der Straße die Kundgebungen weiter fort, wobei die Wacht am Rhein und Wismarslieder gesungen wurden. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. Nach Schluß des Konzertes wurde ein abermaliger Versuch der Ruhestörung von der Polizei verhindert. Zwei Personen wurden verhaftet.

— **England.** Wie der Admiralität aus Aden drahtlich gemeldet worden ist, haben die Besatzungen der englischen Kriegs- schiffe *Guazintz*, *Jox* und *Rohant* mit 125 Mann britischer Infanterie die Stadt Jülg am 21. d. M. nach heftigem Kampfe genommen. Die Dervische wurden nach ent- schlossenem Widerstande verjagt und erlitten schwere Verluste. Die englischen Verluste beliefen sich auf 3 Tote und 6 Ver- wundete. Die italienische und die englische Flagge wurden Seite an Seite gehißt. — Da der Sultan Osman Mahmud nach der Einnahme von Jülg sich weigerte, den Platz besetzt zu halten, kamen der englische Kommandant Wilson und der italienische Kommandant Torricchio vom Doljarno, der an der Unternehmung teilgenommen hatte, überein, die Stadt dem Midjarteh-Stamme anzuvertrauen, der das italienische Protektorat anerkennt. — Das Kreuzer- schiff *Albatros* ist von Petersburg ausgehenden Gerüchte, nach denen England Vorschläge inbetreff einer Vermittlung zwischen Russland und Japan vorgebracht hätte, vollständig unbegründet seien; man kenne in gut- unterrichteten Londoner Kreisen selbst die Quelle dieser Gerüchte nicht.

— **Frankreich.** Von Marseille sind am 26. d. M. nur 2 Handels- schiffe der Kompagnie Lunifenne abgegangen. Die Offiziere dieser Schiffe hatten sich ebenfalls dem Ausstande anschließen wollen; doch erklärte ihnen die Gesellschaft, daß sie dann entlassen seien und durch andere ersetzt würden. Darauf blieben die Offiziere an Bord. Die Marseiller Gesellschaft der Schiffskapitäne für lange Fahrt erhielt Zustimmung der deutschen Hafen Syndikats von Tinskirchen und der spanischen Gesellschaft in Barcelona, in denen diese ihren Anschluss an den Ausstand in Aussicht stellen.

— **Italien.** Zu Ehren des Präsidenten Lombet fand am 26. abends, ein militärisches Diner statt, bei welchem der Prä- sident dem König dankte, daß er ihm das Vergnügen bereitet habe, die schönen Truppen bewundern zu können. Er bitte um die Erlaubnis, den herzlichen Gruß der fran- zösischen Armee an die italienische zu richten, welche gestern

ein ruhmvolles Instrument der Einigung des großen Italien, heute die mächtige Beschützerin der friedlichen und fruchtbaren Arbeit des Volkes sei. König Viktor Emanuel antwortete, auch er sende der ruhmvollen französischen Armee herzlichen Gruß und wünsche, daß beide fortfahren mögen, eine Bürgschaft des Friedens und der Wohlthat beider Länder zu sein. Abends fand auf dem Corso Umberto I. eine glänzende Illumination statt.

— **Türkei.** Die griechische Gesandtschaft hat energisch Benug- tung für den Vorfall in Smyrna verlangt. Die Pforte ist bereit, diese zu gewähren, sobald der Tatbestand genau festgestellt ist. Nach griechischer Angabe verweigerte ein griechischer Untertan die Bezahlung der Gebühr für den Gewerbeschein, welche Frage seit dem Kriege 1897 kritisch ist. Der Sekretär des griechischen Konsulats Delmantis wollte mit zwei Revolvern das Gesicht des Griechen wieder öffnen, was die Polizei verhinderte. Als Delmantis sich entfernte, gab er fünf Revolverkugeln ab und verwundete einen Polizisten. Hierauf wurde er mit den Revolvern verhaftet, auf Verwendung des Generalkonsuls aber freigelassen. — Die Vorkämpfer der Entente-Mächte haben bei der Pforte neue Schritte wegen Erledigung der Gendarmerie-Frage unternommen. — Der Wali und die armenischen Bischöfe von Iktis und Muich sind nach Samsun abgereist, um an den Vandalen Kudranik zum letzten Mal die Aufforderung zu richten, sich zu ergeben.

— **Griechenland.** Kapitän Fotos, der zum Vizeadmiral ernannt ist, wurde an die Spitze eines Geschwaders gestellt, das zum Auslaufen bereit liegt. — Der griechische Konsul in Smyrna hat die dortigen Vorgänge dem Konsularcorps von Smyrna dargelegt, welches darüber den Vorkämpfern in Konstantinopel berichtet hat. — Die hiesige Presse gebraucht allgemein eine heftige Sprache gegen die Ortsbehörden von Smyrna, glaubt aber, daß die Pforte die Angelegenheit freundschaft- lich regeln werde.

### Sächsischer Landtag.

— **Erste Kammer.** Tagesordnung: Eisenbahnangelegen- heiten, Staatliches Fernheizwerk in Dresden. Die Kammer beschließt den Deputationsanträgen gemäß über verschiedene Meile- und Bahnhofsbauten auf den Strecken Vordorf—Coswig, Döbeln—Köthen und in Weistitz und Jittau. Beim Kapitel Staatliches Fernheizwerk werden die Ein- nahmen mit 197 150 Mk. genehmigt und die Ausgaben mit 144 065 Mk. bewilligt. — Nächste Sitzung Donner- stag, 28. April.

— **Zweite Kammer.** Tagesordnung: Rechenschafts- berichte, Abänderung des Gesetzes über die 3 prozentige Rentenleihe von 1902. Porzellanmanufaktur, Berg-, Glätten- und Münz-Etat und Petitionen hierzu. Die Kammer erstattet der Regierung Bericht für die abgelagerten Rechenschaftsberichte über die Bilanz der Nettovermögen des Staates, über die Uebersicht der Staats- und Finanz- kassenschulden und über die Uebersicht der staatlichen Fonds zu bestimmten Zwecken in der Finanzperiode 1900/01, über die Verwaltung der Universität Leipzig und über die Verwaltung von Landeslotterie, Lotteriedarlehenskasse und Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung. Dann verhandelte die Kammer über die durch Dekret 37 vor- geschlagene Abänderung des Gesetzes über die Aufnahme einer 3 prozentigen Rentenleihe vom 4. Juli 1902. Durch dieses Gesetz wurde das Finanzministerium bevoll- mächtigt, Scheckscheine mit Umlauffrist bis zum 31. März 1904 auszugeben. Die Regierung beantragt, diese Frist bis zum 31. März 1906 zu verlängern, da die Anleihe bis jetzt noch nicht auf den Markt gebracht ist. Der Re- gierungsantrag wird unverändert angenommen, ebenso nachfolgende Deputationsanträge: Bei Kap. 8, Porzellan- manufaktur, die Einnahmen unter Erhöhung um 3000 Mk., im übrigen nach der Vorlage mit 1 427 000 Mk. zu ge- nehmigen; die Ausgaben unter Erhöhung um 3000 Mk., im übrigen mit 1 309 000 Mk. nach der Vorlage zu be- willigen. Bei Kap. 9, Steinkohlenwerk Zankerode, die Einnahmen mit 2 721 300 Mk. nach der Vorlage zu ge- nehmigen; die Ausgaben mit 2 198 966 Mk. zu genehmigen. Die Petition der Gemeinderäte zu Halsbrücke, Sand, Rottenfurth, Großschirma, Rammenshemmersdorf, Falken- berg, Conradsdorf und Luttendorf, den ganzen Schmelz- betrieb nach Halsbrücke zu verlegen, auf sich beruhen zu lassen. Bei Kap. 11, Zinkalloy-Hüttenwerke bei Freiberg, die Einnahmen mit 17 000 Mk., die Ausgaben mit 338 145 Mk. gut zu heißen. Beim Unteretat I, Halsbrücker und Muldner Schmelzhütten, die Einnahmen mit 10 783 950 Mk., die Ausgaben mit 10 391 950 Mk. nach der Vor- lage gutzuheißen. Beim Unteretat II, Halsbrücker Gold- scheideanstalt, die Einnahmen mit 9 145 437 Mk., die Aus- gaben mit 9 057 437 Mk. nach der Vorlage zu genehmigen. Beim Unteretat III, Muldner Arsenikhütte, die Einnahmen mit 535 550 Mk., die Ausgaben mit 460 550 Mk. nach der Vorlage zu genehmigen. Beim Unteretat IV, Hals- brücker und Muldner Schwefelsäurefabrik, die Einnahmen mit 547 970 Mk., die Ausgaben mit 513 970 Mk. nach der Vorlage zu genehmigen. Beim Unteretat V, Muldner Zinkhütte, die Einnahmen mit 13 430 Mk., die Ausgaben mit 12 430 Mk. nach der Vorlage zu genehmigen. Beim Unteretat VI, Schrotfabrik zu Freiberg, die Einnahmen mit 43 940 Mk., die Ausgaben mit 42 840 Mk. nach der Vorlage zu genehmigen. Beim Unteretat VII, Halsbrücker Bleiwarenfabrik, die Einnahmen mit 429 013 Mk., die Ausgaben mit 413 013 Mk. nach der Vorlage zu genehmigen. Beim Unteretat VIII, Muldner Tonwarenfabrik, die Ein- nahmen mit 40 010 Mk., die Ausgaben mit 35 010 Mk. zu genehmigen. Bei Kap. 12, Zinkalloy-Erzbergwerke bei Freiberg, die Einnahmen mit 1 100 700 Mk., die Aus- gaben mit 2 420 261 Mk. zu genehmigen und alle zu diesem Kapitel eingegangenen Petitionen für erledigt zu erklären. Bei Kap. 13, Glasfabrik Obereschlema, die Einnahmen mit 1 164 000 Mk. nach der Vorlage, die Aus- gaben nach Streichung von 7500 Mk. in Titel 9 mit 1 120 999 Mk. zu genehmigen. Bei Kap. 15, Münze, die Einnahmen mit 11 450 Mk. und die Ausgaben mit 11 450 Mk. zu genehmigen.